

# ÖDP

Antworten zu WPS / FSI vom 21.07.2021

## **1) Politik und Zivilgesellschaft**

In Deutschland ist eine zunehmende Kluft zwischen Politik und Zivilgesellschaft wahrnehmbar. Wird Ihre Partei sich zukünftig für eine konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess durch ausgewogene Einladung von Betroffenenverbänden einsetzen?

Antwort: Die ÖDP ist offen gegenüber dem Austausch mit allen Betroffenenverbänden. Sie versteht sich nicht als Sprachrohr der in der Gesellschaft ohnehin stärksten Interessenverbände, sondern ist eher darum bemüht, die berechtigten Interessen von bisher vernachlässigten Gruppierungen stärker in den Vordergrund zu stellen, namentlich die von Eltern und Kindern.

## **2) Zeitgemäße Geschlechterpolitik**

„Zeitgemäße Geschlechterpolitik legt den Fokus gleichberechtigt auf die Belange von Frauen und Männern sowie von (getrennt erziehenden) Müttern und Vätern.“ Wird Ihre Partei sich für diesen zeitgemäßen Politikansatz einsetzen?

Antwort: Laut Grundgesetz sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Leider wird das heute oft umgedeutet zu einer Gleichstellung im Erwerbsleben. Das führt aber zu einer Diskriminierung von Eltern und besonders von Müttern, weil ihre Erziehungsarbeit ignoriert wird. Solange Kindererziehung Grundlage der Zukunftssicherung für alle bleibt, ist sie mit Erwerbsarbeit finanziell gleichzustellen, wenn Gleichberechtigung verwirklicht werden soll.

## **3) Zeitgemäßes Familienrecht**

Junge Familien wünschen sich Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Betreuung und Unterhalt für ihre Kinder – vor allem auch in Trennungsfamilien.

Wird Ihre Partei im Familienrecht den Ansatz „geteilte Betreuung- geteilter Unterhalt“, nach jeweiliger Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit, verankern?

Antwort: Unter „Partnerschaftlichkeit“ verstehen wir nicht eine starre Aufteilung der Aufgaben, sondern eine Verteilung, auf die sich die Eltern in „partnerschaftlichem“ Einvernehmen einigen, was ganz unterschiedlich sein kann. Auch bei Trennungsfamilien ist eine einvernehmliche Regelung im Interesse der Kinder anzustreben. Deshalb sollte vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung eine Mediation verpflichtend werden.

## **4) Zeitgemäße Statistikerhebung**

Aktuell kann das Statistische Bundesamt Trennungsfamilien nur zur Hälfte erfassen: den Haushalt, in dem das Kind gemeldet ist.

Wird Ihre Partei das Microzensusgesetz dahingehend verändern, dass zukünftig beide Haushalte der Trennungseltern statistisch erfasst werden?

Antwort: Das Statistische Bundesamt hat die Aufgabe die tatsächlich bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu erfassen, die ihrerseits von den gesetzlichen Bedingungen geprägt werden. Insofern haben sich die Maßstäbe der Statistik den jeweiligen gesetzlichen Regelungen anzupassen, sollten aber auch die Vergleichbarkeit im zeitlichen Verlauf im Auge behalten.

### **5) Zeitgemäßes Melderecht**

Heute können Kinder in Trennungsfamilien melderechtlich nur in einem Haushalt angemeldet sein.

Wird Ihre Partei das Melderecht dahingehend anpassen, dass zukünftig Kinder in Trennungsfamilien in beiden Haushalten gemeldet sein werden?

Antwort: Wenn Kinder von Trennungseltern abwechselnd bei beiden Eltern wohnen, sollte das sich auch in der Statistik widerspiegeln. Andernfalls wird die Wirklichkeit verzerrt dargestellt.

### **6) Staatliche Leistungen und Trennungsfamilien**

Aktuell fokussiert das Steuer- und Sozialrecht nur auf einen Haushalt in Trennungsfamilien.

Wird Ihre Partei zukünftig staatliche Leistungen (Kindergeld, Betreuungsfreibetrag u. ä.) auf beide Haushalte in Trennungsfamilien aufteilen?

Antwort: Staatliche Leistungen sollten sich an der tatsächlich bestehenden Betreuungssituation orientieren, auf die sich die Eltern geeinigt haben. Das Schwergewicht der ÖDP-Familienpolitik besteht im Bestreben, die bestehenden Nachteile, die sich aus der Kinderbetreuung ergeben, für alle Eltern abzubauen. Wenn Eltern weniger als heute diskriminiert werden, wird sich das namentlich bei Trennungseltern entspannend auswirken und auch einvernehmliche Regelungen erleichtern.

### **7) Zeitgemäßes Abstammungsrecht**

Wird Ihre Partei sich für ein zeitgemäßes Abstammungsrecht einsetzen, das sich an Abstammung orientiert und dabei nicht eine Erwachsenen-, sondern die Kindersicht priorisiert?

Wird Ihre Partei dabei Mutterschaft und Vaterschaft über biologische Abstammung rechtlich gleichbehandeln?

Antwort: Aus kindlicher Sicht ist wichtig, dass das Kind ein Recht darauf hat, zumindest nach der Volljährigkeit über seine biologischen Eltern informiert zu werden. Das hat aber so zu erfolgen, dass die Rechte von abweichenden sozialen Eltern möglichst wenig beeinträchtigt werden.

### **8) Faire Aufteilung staatlicher Fördergelder**

Aktuell fördert der Staat vor allem Frauen- und Mütterverbände finanziell; authentische Männer- und Väterverbände erhalten keine Förderung.

Wird Ihre Partei sich zukünftig für eine faire und paritätische Aufteilung der Zuwendungen an Frauen- und Männerverbände einsetzen?

Antwort: Verbände von Müttern und Vätern sollten grundsätzlich gleichbehandelt werden. Das ist auch unter dem Gesichtspunkt wichtig, dass in sozialen Berufen (z.B. in Jugendämtern) überwiegend Frauen arbeiten. Dabei besteht oft die Tendenz einer größeren Empathie mit Müttern im Vergleich zu Vätern.

## **9) Kontaktabbrüche bei Trennungskindern**

Aktuell erleiden zwischen 30 % und 40 % der Trennungskinder vollständigen Kontaktabbruch zu einem Elternteil, überwiegend zu ihren Vätern. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Prävention ergreifen?

Antwort: Wie bereits unter 3. geschildert, tritt die ÖDP dafür ein, von staatlicher Seite alles zu unternehmen, um gütliche Einigungen zwischen Trennungseltern herbeizuführen. Gelingt das, dann wird es auch weniger Kontaktabbrüche geben, die ja meist nicht von den Kindern ausgehen. Nach unserer Überzeugung ließen sich viele strittige Auseinandersetzungen und damit auch viele Kontaktabbrüche vermeiden, wenn z. B. eine Mediation erfolgreich ist. Das sollte auch kostenmäßig gegenüber einer strittigen Auseinandersetzung höher bewertet werden.

gez.

**Dr. Johannes Resch**

Vorsitzender des ÖDP-Bundearbeitskreises Familie, Soziales, Gesundheit